

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 888946 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Karl-Heinz Hiersemann, Oppositionsführer im Bayerischen Landtag, nennt die dringenden Aufgaben der Politik am Anfang der 90er Jahre.

Seite 1

Klaus Rabenhorst, Vorsitzender der sozialdemokratischen Juristen in Rheinland-Pfalz, fordert einen Wegfall militärischer Privilegien.

Seite 3

Rudolf Dreßler MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, wirft der Bundesregierung Manipulation der Arbeitslosenzahlen vor.

Seite 5

### Buchbesprechung:

Bedrohung für Millionen - Die Massenarbeitslosigkeit.

Seite 6

45. Jahrgang / 4

3. Januar 1990

Wir brauchen die soziale und ökologische Versöhnung!

Gedanken zu dringenden Aufgaben der 90er Jahre

Von Karl-Heinz Hiersemann MdB  
Mitglied des SPD-Parteivorstandes  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Es ist wohl derzeit fast auf der ganzen Erde das gleiche: die Finanzminister atmen auf, weil sie durch die Versöhnung zwischen den Staaten dieser Welt mehr Spielraum bekommen, um die existenziellen Fragen unserer Zeit zu lösen. Und die Verteidigungsminister müssen allerorten erschrecken, weil sie - bei rückläufiger Rüstung - immer weniger Geld bekommen und um ihre zweifelhaften Kompetenzen fürchten müssen. Ich meine: diese Entwicklung können wir nur begrüßen.

Daß heißt freilich nicht, daß wir die Hand in den Schoß legen können. Gerade die jetzigen Umformungen und Entwicklungen im Osten Europas verlangen unsere kategorische Einmischung. Freilich nicht so, wie gewisse konservative Politiker in unserem Lande - bedauerlicherweise mit CSU-Größen an der Spitze - dies verstehen, wenn sie lauthals ihren heißgeliebten Feindbildern nachtrauern und in einem deplazierten Triumphgeheul das Ende kommunistischer Alleinherrschaften feiern oder gar verzweifelt zu Mißtrauen gerade gegenüber jenen aufrufen, die unser Vertrauen und unsere Hilfe brauchen. Wenn sie die Meßlatte zum Miteinanderraden und Miteinanderleben immer höher heben und damit die erstarkende Pflanze der Demokratie im östlichen Europa zu ersticken drohen.

Es ist jetzt wirklich nicht an der Zeit, alle Kräfte mit unsinnigen Wiedervereinigungsparolen zu binden. Wichtig ist, daß wir zusammenstehen und - ohne ideologische Restgefühle vergangener Zeiten ständig öffentlich zu reflektieren - einander helfen. Dies meine ich mit kategorischer Einmischung. Ganz konkret: unsere östlichen Nachbarn - von der DDR bis zur UdSSR - brauchen unsere finanzielle und wirtschaftliche Hilfe, wenn die demokratischen Ansätze diesen harten Winter der Unterversorgung überleben sollen. Menschen, die Hunger haben, wollen radikale Veränderungen. Die Richtung dieser Veränderungen läßt sich nicht mehr steuern. Ich habe Angst, daß dieser einzige Grund noch Wirklichkeit wird, an dem Gorbatschow scheitern könnte. Wenn aber Gorbatschow scheitert, wird sich das Rad der Geschichte sehr schnell wieder um die letzten wichtigen Monate zurückdrehen - nicht nur in der UdSSR.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verständnis Umwelt  
mit umweltfreundlichen  
Recycling-Papier



Helfen wir also unseren östlichen Nachbarn - von Mensch zu Mensch und ohne irgendwelche unangebrachten Dünkel, ohne Selbstlob. Erinnern wir uns daran, daß die Demokratie, in der unser Wohlstand so gut gedeihen konnte, keineswegs unser Verdienst ist - so wenig die Deutschen in der DDR dafür verantwortlich zu machen sind, daß dort vor 40 Jahren ein anderes Gesellschaftssystem aufgepfropft wurde.

Leeren wir dem Verteidigungsminister die Rüstungs-Schatulle und unterstützen wir damit unsere Freunde. Und achten wir darauf, daß wir nicht die Würde dieser Menschen verletzen. Leisten wir Hilfe zur Selbsthilfe. Daran wird man die Größe unserer Gesellschaft erkennen können, nicht am dummen Geschwätz über Vergangenes. Dann können wir zufrieden sein - wenn wir den 44jährigen Zustand des Nicht-Krieges in Europa durch Frieden ersetzt haben.

Mit dem zwischenstaatlichen Frieden in Europa sind die großen politischen Aufgaben für den Rest dieses Jahrhunderts noch lange nicht gelöst: wir brauchen auch den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft und die Versöhnung mit der Natur.

Wie arm ist unser wohlhabendes und reiches Land, wenn Zehntausende unter uns ohne Dach über dem Kopf sind, wenn Hunderttausende keine Wohnung haben, wenn zwei Millionen keine Arbeit haben, wenn es bei noch mehr eben hinten und vorne nicht reicht, die elementarsten Bedürfnisse wie Essen und Wohnen ausreichend zu befriedigen? Hier kann doch kein innerer, kein sozialer Friede herrschen in einer so zweigeteilten Gesellschaft.

Es kann auch kein Friede sein in unserem Land, wenn wir uns nach wie vor selbst unsere natürlichen Lebensgrundlagen abgraben und zerstören. Alles, was die Regierungen in Bonn und in München in Sachen Umweltschutz bisher geleistet haben, war bestenfalls Reparaturstrategie: Natur wird zerstört und dann wieder hergerichtet. Als ob die Natur sich das auf Dauer gefallen lassen würde. Weil diese Rechnung nie aufgehen kann, müssen wir endlich soweit kommen, daß Natur und Umwelt erst gar nicht mehr belastet werden, daß Schadstoffe in der Luft und im Wasser, daß Abfälle, daß hochgefährliche Chemie, daß Raubbau an Natur und Landschaft erst gar nicht entstehen. Natürlich geht dies nicht von heute auf morgen. Aber der Anfang kann heute noch gemacht werden. Erst dann können wir glaubhaft davon reden, daß wir uns tatsächlich mit der Natur versöhnen wollen.

(-/4.1.1990/vo-hg/hgs)

\* \* \*

**Millitärprivilegien müssen fallen**

---

**Änderungen im deutschen und im alliierten Recht sind nötig**

**Von Klaus Rabenhorst**

**Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen Pfalz**

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) im SPD-Bezirk Pfalz begrüßt den Antrag der SPD-Landtagsfraktion mit den Änderungsvorschlägen zu den Rechten der Alliierten Streitkräfte. Sie entsprechen im wesentlichen den im rechtspolitischen Arbeitsprogramm der ASJ Rheinland-Pfalz niedergelegten Forderungen.

Die Tabuisierung militärischer Themen muß aufhören.

Inhalt und Umfang der alliierten Rechte sind ein gänzlich vernachlässigtes Rechtsgebiet.

Der militärische Bereich muß künftig ebenso verrechtlicht werden, wie dies in der Vergangenheit etwa im Schulwesen geschehen ist.

Eine zeitgemäße Durchforstung alliierter Rechte ist daher überfällig. Dies ist eine legitime Forderung und hat nichts mit Antiamerikanismus zu tun.

Selbst die vorhandenen Spielräume nach dem NATO-Truppenstatut und dem Zusatzabkommen werden bislang von den deutschen Stellen bei weitem nicht ausgeschöpft. Spektakuläre Beispiele hierfür waren in der jüngsten Vergangenheit das Verhalten der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Reaktivierung des Flughafens Wiesbaden-Erbenheim und der faktische Verzicht auf die vorherige Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen anlässlich des Flugtages in Ramstein im August 1988.

In diesem Zusammenhang ist mit allem Nachdruck zu fordern, daß die zuständigen deutschen Stellen momentan die Möglichkeiten ausschöpfen müssen, die ihnen bereits nach dem derzeit geltenden Recht zur Durchsetzung der Interessen der deutschen Bevölkerung gegeben sind.

Oft ist ein „vorausseilender Gehorsam“ der deutschen Behörden gegenüber den Alliierten feststellbar. Diese Haltung muß weg. Die ASJ fordert dazu auf, Mißstände und Probleme in der Zusammenarbeit verstärkt öffentlich zu diskutieren.

Erfahrungsgemäß sind Amerikaner aufgrund ihrer langen demokratischen Tradition bereit, bisherige Positionen zu überprüfen und notfalls aufzugeben, um öffentlichen Kontroversen die Spitze zu nehmen. Es ist deshalb wichtig, Tatsachen und maßgebliche Rechtsvorschriften öffentlich zu machen und Dunkelzonen zu beseitigen.

Alle Verwaltungsabkommen müssen veröffentlicht werden.

Elementar wichtig ist allerdings auch der Abbau der im deutschen Recht weit verbreiteten Militärprivilegierungsklauseln. So sind es beispielsweise die Vorschriften des zur Zeit geltenden deutschen Luftverkehrsrechts (§ 30 Abs. 1 Satz 3 LuftVG) und des deutschen Manöverrechts (§ 68 Abs. 3 BLG), die den Stationierungstreitkräften - ebenso wie der Bundeswehr - unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit eröffnen, von den „deutschen Vorschriften über die Benutzung des Luftraums“ abzuweichen.

Sowohl § 30 Abs. 1 Satz 3 LuftVG als auch § 68 Abs. 3 BLG gehören zu den deutschen Militärprivilegierungsklauseln, die rechtspolitisch umstritten sind. Sie könnten vom deutschen Gesetzgeber jederzeit geändert werden.

Ohne eine solche Änderung der vorgenannten Privilegierungsklauseln ist eine Beschränkung oder gar ein Verbot von Tiefflügen der Gaststreitkräfte in der Bundesrepublik zur Zeit rechtlich nicht möglich. Grund dafür ist jedoch nicht „Alliiertes Recht“; vielmehr sind es die beiden deutschen Militärprivilegierungsklauseln, die den Gaststreitkräften den sehr weiten rechtlichen Freiraum eröffnen.

Mittelfristig ist nach Auffassung der ASJ Pfalz die Schaffung einer völlig neuen Rechtsgrundlage im Bereich des „Alliierten Rechts“ vonnöten; um sich endlich aus dem Spinnweben von Verträgen, Vereinbarungen, Zusatzabkommen, Unterzeichnungsprotokollen und Erklärungen zu befreien.

Bei alledem sollte jedoch folgendes bedacht werden: Die rechtliche Diskussion dieser Themen ist wichtig; sie ersetzt allerdings nicht den politischen Druck der Bevölkerung. Es steht zu wünschen, daß sich in diesem Bereich massiv Bürgerinitiativen formieren. Hier geht es letztlich um die Frage der Zivilisationsverträglichkeit militärischer Präsenz.

Einen politischen Konflikt kann man nicht lediglich juristisch lösen.

(-/4.1.1990/va-he/hgs)

\* \* \*

Regierung manipuliert Arbeitslosenzahlen

-----  
Im Jahresdurchschnitt 1990 muß mit über zwei Millionen gerechnet werden

Von Rudolf Dreßler MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember 1989 erneut deutlich gestiegen, insgesamt wurden wieder weit mehr als zwei Millionen Arbeitslose gezählt, die schätzungsweise 160.000 wegmanipulierten Fälle kommen noch hinzu.

Leider fängt das neue Jahr so an, wie das alte aufgehört hat:

- 0 Da wird Fachkräftemangel beklagt, obwohl Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung in den Betrieben massenweise als Angelernte oder Hilfsarbeiter eingesetzt werden.
- 0 Da wird von der Union gebetsmühlenartig immer wieder die Frage gestellt, ob denn die Arbeitsmarktstatistik noch der „wirklichen“ Lage auf dem Arbeitsmarkt entspreche - gleichzeitig werden aber die Aus- und Übersiedler in den ersten zwei Monaten der Arbeitslosigkeit aus der Statistik entfernt, also die Arbeitsmarktstatistik noch weiter verfälscht.
- 0 Da wird von der Bundesregierung der Umfang der Arbeitsförderung gepriesen, der Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 3,1 Milliarden DM herausgestellt, obwohl allein zur Integration der Aus- und Übersiedler 5,5 Milliarden erforderlich sind, das heißt ein wesentlicher Teil dieser beitragsfremden Lasten bleibt also weiter den Beitragszahlern erhalten. Auch die Steigerung der Ausgaben für Fortbildung und Umschulung ist wahrlich keine Heldentat. Bei den Maßnahmen für einheimische Arbeitslose wird lediglich die allgemeine Preissteigerungsrate abgedeckt. Von einer Qualifizierungsoffensive ist schon lange keine Rede mehr. Das 1989 abgebaute Niveau der Arbeitsförderung wird fortgeschrieben, die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird 1990 weiter zurückgehen.

Die Arbeitsmarktaussichten für das Jahr 1990 sind alles andere als rosig. Alle Prognosen gehen von über zwei Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt aus. Die Chance, bei weiter guter Konjunktur die Arbeitslosigkeit endlich wirksam abzubauen, wird auch im neuen Jahr leider weiter ungenutzt verstreichen.

(-/4.1.1990/va-he/hgs)

Alle Verwaltungsabkommen müssen veröffentlicht werden.

Elementar wichtig ist allerdings auch der Abbau der im deutschen Recht weit verbreiteten Militärprivilegierungsklauseln. So sind es beispielsweise die Vorschriften des zur Zeit geltenden deutschen Luftverkehrsrechts (§ 30 Abs. 1 Satz 3 LuftVG) und des deutschen Manöverrechts (§ 68 Abs. 3 BLG), die den Stationierungstreitkräften - ebenso wie der Bundeswehr - unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit eröffnen, von den „deutschen Vorschriften über die Benutzung des Luftraums“ abzuweichen.

Sowohl § 30 Abs. 1 Satz 3 Luft VG als auch § 68 Abs. 3 BLG gehören zu den deutschen Militärprivilegierungsklauseln, die rechtspolitisch umstritten sind. Sie könnten vom deutschen Gesetzgeber jederzeit geändert werden.

Ohne eine solche Änderung der vorgenannten Privilegierungsklauseln ist eine Beschränkung oder gar ein Verbot von Tiefflügen der Gaststreitkräfte in der Bundesrepublik zur Zeit rechtlich nicht möglich. Grund dafür ist jedoch nicht „Alliiertes Recht“; vielmehr sind es die beiden deutschen Militärprivilegierungsklauseln, die den Gaststreitkräften den sehr weiten rechtlichen Freiraum eröffnen.

Mittelfristig ist nach Auffassung der ASJ Pfalz die Schaffung einer völlig neuen Rechtsgrundlage im Bereich des „Alliierten Rechts“ vonnöten; um sich endlich aus dem Spinnweben von Verträgen, Vereinbarungen, Zusatzabkommen, Unterzeichnungsprotokollen und Erklärungen zu befreien.

Bei alledem sollte jedoch folgendes bedacht werden: Die rechtliche Diskussion dieser Themen ist wichtig; sie ersetzt allerdings nicht den politischen Druck der Bevölkerung. Es steht zu wünschen, daß sich in diesem Bereich massiv Bürgerinitiativen formieren. Hier geht es letztlich um die Frage der Zivilisationsverträglichkeit militärischer Präsenz.

Einen politischen Konflikt kann man nicht lediglich juristisch lösen.

(-/4.1.1990/vo-he/hgs)

\* \* \*

Regierung manipuliert Arbeitslosenzahlen

Im Jahresdurchschnitt 1990 muß mit über zwei Millionen gerechnet werden

Von Rudolf Dreßler MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember 1989 erneut deutlich gestiegen, insgesamt wurden wieder weit mehr als zwei Millionen Arbeitslose gezählt, die schätzungsweise 150.000 wegmanipulierten Fälle kommen noch hinzu.

Leider fängt das neue Jahr so an, wie das alte aufgehört hat:

- 0 Da wird Fachkräftemangel beklagt, obwohl Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung in den Betrieben massenweise als Angelernte oder Hilfsarbeiter eingesetzt werden.
- 0 Da wird von der Union gebetsmühlenartig immer wieder die Frage gestellt, ob denn die Arbeitsmarktstatistik noch der „wirklichen“ Lage auf dem Arbeitsmarkt entspreche - gleichzeitig werden aber die Aus- und Übersiedler in den ersten zwei Monaten der Arbeitslosigkeit aus der Statistik entfernt, also die Arbeitsmarktstatistik noch weiter verfälscht.
- 0 Da wird von der Bundesregierung der Umfang der Arbeitsförderung gepriesen, der Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 3,1 Milliarden DM herausgestellt, obwohl allein zur Integration der Aus- und Übersiedler 5,5 Milliarden erforderlich sind, das heißt ein wesentlicher Teil dieser beitragsfremden Lasten bleibt also weiter den Beitragszahlern erhalten. Auch die Steigerung der Ausgaben für Fortbildung und Umschulung ist wahrlich keine Heldentat. Bei den Maßnahmen für einheimische Arbeitslose wird lediglich die allgemeine Preissteigerungsrate abgedeckt. Von einer Qualifizierungsoffensive ist schon lange keine Rede mehr. Das 1989 abgebaute Niveau der Arbeitsförderung wird fortgeschrieben, die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird 1990 weiter zurückgehen.

Die Arbeitsmarktaussichten für das Jahr 1990 sind alles andere als rosig. Alle Prognosen gehen von über zwei Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt aus. Die Chance, bei weiter guter Konjunktur die Arbeitslosigkeit endlich wirksam abzubauen, wird auch im neuen Jahr leider weiter ungenutzt verstreichen.

(-/4.1.1990/vo-he/hgs)

**REZENSION**  
-----

**Bedrohung für Millionen - Die Massenarbeitslosigkeit**  
-----

Harald Eichner, Siggı Richter: Bedrohung für Millionen. Mit der Massenarbeitslosigkeit ins nächste Jahrtausend, Reihe Praktische Demokratie, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1989, 208 S., 19,80 DM.

Massenarbeitslosigkeit ist seit Beginn der achtziger Jahre eines der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Hauptprobleme der Bundesrepublik und der westlichen Industriegesellschaften generell. Auch Jahre nach der Wende läßt die Bundesregierung keine Strategien zur Lösung dieses Problems, das Millionen von Menschen in materielle und psychische Not treibt, erkennen. Gleichzeitig, so Harald Eichner und Siggı Richter in ihrem Buch über die „Bedrohung für Millionen“, scheiden jährlich tausende von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen aufgrund gesundheitlicher Schädigungen und extremer Belastungen am Arbeitsplatz vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus.

Die Autoren zeigen die Höhen und Tiefen der bundesdeutschen Arbeitsmarktentwicklung von 1948 bis heute auf und erläutern die von den jeweiligen Regierungen angewandten Arbeitsmarktkonzepte. Erstmals werden die individuellen, gesellschaftlichen arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte des Arbeitslosenproblems kurz und allgemein verständlich zusammengefaßt.

Fazit der Analyse: Die Fehler von gestern eröffnen Wege zur zukünftigen Beschäftigung; veränderte gesellschaftliche Bedingungen führen zu neuen Berufsfeldern... „Unserer Gesellschaft geht die Arbeit nicht aus; begrenzt sind lediglich Bereitschaft und Vorstellungsvermögen, Arbeit auch außerhalb traditioneller Bereiche als sinnvoll anzuerkennen, zu fördern und zu entlohnen.“

Die Autoren verweisen unter anderem auf das Beispiel Schweden. Bei einer Arbeitslosenquote von nur 1,5 Prozent wurden dort im sozialen Sektor (Kinderbetreuung und -erziehung, Krankenpflege, Altenbetreuung, medizinische Dienste et cetera) und im Umweltschutz Arbeitsplätze in Millionenhöhe geschaffen. Im Vergleich dazu schneidet die Bundesrepublik - trotz steigenden Bedarfs - sehr schlecht ab. Die Bundesregierung - so Eichner/Richter - erweist sich nicht nur als unfähig zur Lösung des Arbeitslosenproblems, sie läßt es auch zu, daß Sozialpolitik im Zuge der Wiederbelebung neoliberaler Wirtschaftspolitik zu einer politischen Restgröße verkommt.

Die Autoren appellieren an die soziale Verantwortung von Politik, Industrie und Arbeitnehmern. Sie fordern dazu auf, sich den veränderten Umwelt- und Arbeitsbedingungen und Diskussionen über neue Wege aus der Krise zu stellen.

Marianne Wolfenweber

(-/4.1.1990/vo-he/hgs)

\* \* \*